

Marktwirtschaft zwischen ökonomischer Effizienz und sozialer Verpflichtung

Von Nationalrat Gerold Bührer

Das Stichwort der Deregulierung, das für eine Belebung der marktwirtschaftlichen Ordnung steht, löst heute noch bei vielen Menschen die Befürchtung aus, dass damit ein Abbau sozialer Errungenschaften einhergehe. Der Autor zeigt indessen im folgenden Beitrag auf, dass gerade die Marktwirtschaft es einer Gesellschaft erst ermöglicht, soziale Verpflichtungen gegenüber benachteiligten Gruppen wahrzunehmen.

Die Marktwirtschaft hat vor allem in der Nachkriegszeit in vielen Ländern einen historisch einmaligen wirtschaftlichen Erfolg ermöglicht, wobei auch bezüglich der Qualität des Wirtschaftswachstums grosse Fortschritte erzielt wurden. Besonders augenfällig ist dies im Vergleich mit zentralistisch geführten Wirtschaftssystemen. Eine für die marktwirtschaftliche Ordnung positive Bilanz kann überdies im Zusammenhang mit sozialen und ökologischen Anliegen gezogen werden. Die weitgehend über den freien Marktprozess gesteuerte Allokation der Produktionsfaktoren sowie der Güter und Dienstleistungen hat dazu geführt, dass sich der technische Fortschritt und als Folge davon die gesamtwirtschaftliche Produktivität rasch entwickeln konnten. Ungeachtet dieser Erfolge werden die *marktwirtschaftlichen Prinzipien* jedoch immer wieder teils offen und grundsätzlich, teils verdeckt in Frage gestellt. Vor allem in Zeiten starker Rezession nimmt der Hang zu punktuellen Interventionen stark zu. Aber selbst in Phasen grosser Überhitzung führen rasch herbeigeholte *Thesen eines angeblichen Marktversagens* zu zusätzlichen staatlichen Regulierungen.

Soziale Marktwirtschaft – ein Widerspruch?

Der beeindruckende Wiederaufbau Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg stand bekanntlich ganz im Zeichen des von *Müller-Armack* geprägten Begriffs der «Sozialen Marktwirtschaft», der von *Ludwig Erhard* zur ordnungspolitischen Leitplanke erkoren wurde. Die Wortschöpfung war immer wieder Anlass zu grundsätzlichen Debatten, ob von einer sozialen Marktwirtschaft überhaupt gesprochen werden könne. Liegt nicht vielmehr, wie von kritischer Seite behauptet wird, eine Unvereinbarkeit zwischen der optimalen Allokation der Ressourcen, mithin auch der Arbeitskraft, und sozialen Anliegen vor? Sind die Klassiker der liberalen Ökonomie, bei denen immer auch weitergehende freiheitliche, ethische Werte im Zentrum der Überlegungen standen, bereits zur Bedeutungslosigkeit verstaubt? Fragen, die uns gerade in einer Phase des Umbruchs – in wirtschaftlicher wie auch in gesellschaftlicher Hinsicht – immer mehr bedrängen.

Besitzstandwahrung contra marktwirtschaftliche Erneuerung

Es kommt nicht von ungefähr, dass verschiedenenorts in Europa, und so auch in unserem Land, den Zeichen der Zeit zum Trotz *protektionistische Betrachtungsweisen* keineswegs an politischer Akzeptanz eingebüsst haben. Der innenpolitische Druck nach einer Mässigung anstehender Marktliberalisierungen ist jedenfalls nicht zu übersehen. Alle Verantwortlichen im Bereich der Wirtschaftspolitik – der Staat, die Unternehmer wie die Arbeitnehmer – müssen jedoch erkennen, dass eine *kurzfristig orientierte Abschottung* kein

Fundament für eine zukunftsfruchtige Wirtschaft hergibt. Leider zeigt sich in der Realität jedoch immer wieder folgendes, von *Prof. Michael Porter* (Harvard University) treffend beschriebenes Bild: «In der Schlussphase eines langen wirtschaftlichen Aufschwungs steht die Stufe der Verteidigung des Erreichten; die Risikobereitschaft sinkt, und Innovationen unterbleiben.» Es kann kein Zweifel bestehen, dass diese Charakterisierung für weite Teile Europas und auch für die Schweiz in einem nicht zu unterschätzenden Masse zutrifft. Die unter dem Stichwort *Deregulierung* stehende Restauration der marktwirtschaftlichen Ordnung hat schon wegen der unterschiedlichen Deutung ihres Inhalts für erhebliche Verwirrung gesorgt. Es wird bei weitem nicht nur von links mit Skepsis bis Ablehnung auf diese Vorhaben reagiert.

Welches ist denn das zentrale Ziel der unter dem Stichwort *Deregulierung* beabsichtigten Stärkung der marktwirtschaftlichen Ordnung? In erster Linie muss es um den *Abbau von Marktzutrittsbeschränkungen* gehen, im Bestreben, die optimale Funktionsweise der Märkte zu verbessern. Eine solche Öffnung der Märkte, basierend auf dem Prinzip der gegenseitigen Anerkennung der Normen, ist schliesslich das ideale Instrument zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Zahlreiche Industrien, wie das Beispiel der Telekommunikation deutlich zeigt, sind auf Grund staatlicher Protektion ins Hintertreffen geraten. Die daraus entstehenden volkswirtschaftlichen Kosten sind beträchtlich, sowohl für den inländischen Konsumenten wie auch für die auf internationale Konkurrenzfähigkeit angewiesene Exportindustrie. Wer daher heute ein Mehr an Marktwirtschaft aus kurzfristigen Interessen – gleich welcher Art – ablehnt, muss sich im klaren sein, dass dies einer gefährlichen Schwächung der wirtschaftlichen Dynamik von morgen gleichkommt.

Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit als soziale Verpflichtung

Steht die Deregulierung – wie vielfach behauptet – quer zu den sozialen Verpflichtungen? Diese zweifellos heikle Frage darf nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Die Bedenken der Skeptiker wären dann verständlich, wenn die Restauration marktwirtschaftlicher Werte und somit die Forderung nach ökonomischer Effizienz als *Primat des politischen Gestaltens* überhaupt betrachtet würden. Zwar bedeutet diese Deregulierung primär eine Verbesserung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit. Die Deregulierung, um auf die Wertediskussion zurückzukommen, hat darüber hinaus jedoch zum Zweck, durch eine Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit die soziale und ökologische Verpflichtung sowie andere zentrale Werte zu unterstützen.

Es wäre verhängnisvoll, wenn der nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch und gesellschaftlich notwendige Prozess der Marktliberali-

sierung, wie er auch in der jüngsten Gatt-Runde Eingang gefunden hat, am Widerstand einer *unheiligen Allianz* zwischen den der Planwirtschaft verhafteten Ideologen und solchen Kräften, die sich für eine bequeme Abschottung einsetzen, scheitern würde. Die Reformen zugunsten von mehr Wettbewerb in der Wirtschaft und somit mehr Wahlmöglichkeiten in der Gesellschaft müssen daher *offensiv* angegangen werden.

Mehr Markt – Voraussetzung für den sozialen Ausgleich

Es ist psychologisch nicht verwunderlich, dass mehr Wettbewerb oft als *Gegensatz* zum sozialen Ausgleich empfunden wird. Zwar ist unbestritten, dass der freie Marktprozess, der Angebot und Nachfrage über den Preis steuert, nicht automatisch sozial sein kann. Insofern kann hier kurzfristig ein gewisser Zielkonflikt bestehen. Die Wirtschaftsgeschichte hat jedoch deutlich gezeigt, dass nur eine freiheitliche Wirtschaftsordnung, welche die optimale Allokation auf den Märkten gewährleistet, auch in der Lage ist, jene wirtschaftliche Wertschöpfung zu schaffen, die zur Finanzierung der Sozialpolitik und weiterer Leistungen notwendig ist. So betrachtet ist – vorausgesetzt, der Staat, die Arbeitgeber sowie die Arbeitnehmer nehmen die richtigen sozialpolitischen Weichenstellungen vor – *Marktwirtschaft kein Antagonismus*, sondern unabdingbare Voraussetzung, um den sozialen Verpflichtungen nachzukommen. Der Weg von der marktwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit hin zum bedürfnisgerechten sozialen Ausgleich wird allerdings nur dann zum Ziel führen, wenn nicht nur der Staat, sondern auch die Sozialpartner und die Gesellschaft insgesamt diese Freiheit auch als eine Verpflichtung sehen, beim Handeln ebenfalls Dimensionen ausserhalb des Kommerziellen zu berücksichtigen.

Dem wirtschaftlichen und politischen Umbruch kann zweifellos nicht nur wirtschaftspolitisch und mit Instrumenten der staatlichen Sozialpolitik begegnet werden. Wer dies fälschlicherweise meint, wird sich nach dem grossen Sieg von Demokratie und Marktwirtschaft über den Kommunismus sehr bald mit einer *gefährlichen Erosion* der freiheitlichen Ordnung in der westlichen Welt konfrontiert sehen. Die Gesellschaft, allen voran die Unternehmer und die Arbeitnehmer, sind vielmehr gefordert, über die ökonomischen Ziele hinaus, Freiheit nicht nur als Konsumgut, sondern als Verpflichtung zum Handeln in Verantwortung zu betrachten. Wenn ordnungspolitisch auch im Bereich des Sozialen das *Prinzip der Subsidiarität* und der *Eigenverantwortung* wieder stärker gewichtet werden soll, und zwar nicht nur aus finanzpolitischen und ökonomischen Überlegungen, dann muss diese Aufgabe auch durch *private Initiative* mitgetragen werden. Eine im Sinne von *Walter Eucken* geforderte soziale und menschenwürdige Ordnung als unabdingbare Voraussetzung einer funktionierenden Marktwirtschaft bedarf dieses Engagements der Gesellschaft.

Mut zum Wandel

Nur wenn es gelingt, in unserem wirtschaftlichen Tun auch die Funktion eines Treuhänders zugunsten der Gemeinschaft zu berücksichtigen, wird unsere freiheitliche, föderative Ordnung auch in einer geschichtlichen Phase ohne sichtbares Feindbild in der Substanz gestärkt werden können. Übermässige Regulierung und Abschottung erzeugen eine *gefährliche Sucht*. Je mehr man ihr verfällt, desto geringer wird die Chance, notwendige Anpassungen zu bewältigen. Wie bei

den meisten Suchtmitteln, welche die Kraft des Körpers beeinträchtigen, *lähmt* die Abschottung der Märkte die *Vitalität* der Wirtschaft und der Gesellschaft. Diese gefährliche Erosion ordnungspolitischer Prinzipien muss im langfristigen Interesse von Freiheit in Wirtschaft und Gesellschaft korrigiert werden.

Mehr Mut zur Marktwirtschaft ist angesichts der gestiegenen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen mehr denn je auch in unserm Land notwendig. Der weltweit härtere Konkurrenzkampf und der davon ausgehende Kostendruck unterstreichen dies deutlich: *Sonntagsreden* allein genügen daher nicht mehr, der Tatbeweis im Interesse der längerfristigen Standortqualität ist jetzt gefragt. Eingriffe in die Preisbildung, Schutzwälle zugunsten lautstarker Gruppen und das Hinausschieben notwendiger Privatisierungen machen zwar da und dort das Leben auf den ersten Blick leichter. Es werden dadurch aber nur scheinbar Anpassungen erspart. Der *Wandel* gehört nun einmal zu jeder freien Gesellschaft und wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Wenn unser Land statt dessen immer mehr der Besitzstandwahrung um beinahe jeden Preis und einem weiteren Verlust guter Rahmenbedingungen verfällt, wird dereinst der Wandel schmerzhaft sein. Schmerzhaft nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Hinsicht.